

Kommentar, S. 2 Bauen

Daniel Bräuer zum Wohngeld

Das Wohngeld, das Geringverdiener unterstützt, wurde seit 2016 nicht mehr erhöht. Dabei stiegen allein 2018 die Mieten bundesweit um 1,6 Prozent, bei neuen Verträgen um vier, in Metropolen gar um elf Prozent. Derweil steigen auch die Einkommen – und von denen hängt ab, wer überhaupt für das Wohngeld in Frage kommt. Auch deshalb sinkt die Zahl der Anspruchsberechtigten seit Jahren. Insofern war es höchste Zeit, dass die Koalition eine Aktualisierung auf den Weg bringt, ebenso die geplante Dynamisierung mit einer Anpassung alle zwei Jahre.

Doch das Thema Wohnraum bleibt eines der Megathemen mit jeder Menge Sprengkraft. Das beweist die Aufregung um das Kühnert-Interview ebenso wie die großen Demos gegen „Mietwahnsinn“ oder das Volksbegehren gegen Immobilienkonzerne in Berlin. So gesehen müsste es eigentlich das Ziel sein, die Zahl der Wohngeld-Berechtigten auf Null zu bringen – durch bezahlbare Mieten und ein Zurückdrängen des Niedriglohnssektors, der die Bedürftigen erst produziert.

Wenn Schwarz-Rot nun das aller-notwendigste beim Wohngeld tut, ist hier noch keine allgemeine Linderung erreicht. Die gibt es nur, wenn Bund und Kommunen wieder massiv in den Wohnungsbau einsteigen.

Mehr Wohngeld für mehr Familien

Kabinett bringt Ausweitung auf den Weg – Ab 2022 soll die Höhe automatisch mit den Einkommen und Mieten steigen

Von Axel Hofmann und Martina Herzog

Berlin. Die Mieten in Deutschland steigen vielerorts rasant. Deshalb wird nun auch der staatliche Wohnzuschuss für Geringverdiener reformiert. „Das Wohngeld ist eine der wichtigsten sozialen Leistungen der Wohnungspolitik“, sagt Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU). Wenn Bundestag und Bundesrat zustimmen, könnten die Neuregelungen kommendes Jahr in Kraft treten.

■ **Wer bekommt überhaupt Wohngeld?** Das Wohngeld ist ein Zuschuss für Haushalte, in denen es zwar Einkommen gibt, aber nur wenig. Mieter bekommen in diesem Fall einen Mietzuschuss. Wer im eigenen Haus oder einer Eigentumswohnung lebt, bekommt einen Teil der dafür entstehenden Kosten erstattet. Außen vor sind Empfänger von Hartz IV und ähnlichen Transferleistungen; deren Wohnkosten übernimmt ohnehin der Staat.

■ **Um wie viele Haushalte geht es?** Wohngeld gab es Ende 2017 für 1,4 Prozent der

deutschen Haushalte – Tendenz fallend. Nun sollen etwa die Einkommensgrenzen, bis zu denen Wohngeld gezahlt wird, steigen, ebenso die Freibeträge für Pflegebedürftige oder Behinderte. Ohne Reform würde 2020 Wohngeld nur noch an rund 480 000 Haushalte fließen, nach der Reform laut Innenministerium 660 000 Haushalte. Damit dürften zwischen ein und zwei Millionen Menschen betroffen sein.

■ **Was soll sich noch ändern?** Wohngeld-Bezieher erhalten künftig mehr Geld als bisher. Nach Schätzung des Innenministeriums liegt das Plus im Schnitt bei etwa 30 Prozent. In der Vergangenheit wurde die Höhe oft jahrelang nicht verändert. Jetzt soll gesetzlich vorgeschrieben werden, dass das Wohngeld alle zwei Jahre steigt – gekoppelt an die Entwicklung der Bruttokaltmieten und der Einkommen. Langwierige Verhandlungen über die neue



Innenminister Seehofer (r.) und seine Staatssekretärin Anne Katrin Bohle stellen die Pläne vor. Foto: dpa

schen und der Miete. Das Innenministerium nennt als Beispiel den durchschnittlichen Zwei-Personen-Haushalt, dessen monatlicher Zuschuss von derzeit 145 auf dann 190 Euro steigen würde.

■ **Reagiert die Reform auch auf die explodierenden Mieten?** Ja, allein schon dadurch, dass die bestehenden Mietstufen für Gemeinden und Kreise aktualisiert werden. Für besonders angespannte Wohnungsmärkte in Ballungsgebieten wird zudem die neue Mietstufe VII eingeführt, mit der auch besonders hohe Mieten berücksichtigt werden.

■ **Wie sind die Reaktionen?** Grundsätzlich positiv: So loben die Kommunalverbände, dass das Wohngeld regelmäßig angepasst werden soll. Auch Sozialverbände und Gewerkschaften sehen einen richtigen Schritt, erinnern aber daran, dass die Probleme von knappem Wohnraum und steigenden Mieten nicht gelöst werden. Mieterbund, Grüne und Linke vermischen Zuschüsse für höhere Mieten in sanierten Wohnungen.

Höhe entfallen. Da das Gesetz 2020 in Kraft treten soll, wäre die erste solche Erhöhung im Jahr 2022 fällig.

■ **Kann man die Erhöhung genauer beziffern?** Das ist schwierig, das Wohngeld wird in jedem Einzelfall berechnet. Die Höhe richtet sich nach dem Haushaltseinkommen, der Zahl der dort wohnenden Men-